

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Stellenabbau bei der saarländischen Polizei aussetzen – wieder mehr Kommissaranwärterinnen und -anwärter einstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die jüngsten Anschläge in Brüssel am 22.03.2016 haben uns erneut die dramatische Sicherheitslage in der EU vor Augen geführt. Aufgrund dieser und auch anderer Terrorakte, die wir in letzter Zeit immer wieder erleben mussten, brauchen wir mehr denn je einen gut funktionierenden Sicherheitsapparat. Dazu gehört in erster Linie eine Verstärkung der Polizeipräsenz auch im Saarland.

Durch die aktuelle Sicherheitslage sind die Anforderungen an die Polizeibeamtinnen und -beamten gestiegen. Dazu kommt, dass sie, nicht zuletzt aufgrund der Flüchtlingssituation, zahlreiche Zusatzaufgaben bewältigen müssen. Die Grundlage für die Umsetzung der Polizeireform bis 2020, die eine Einsparung von 300 Polizeistellen vorsieht, ist durch diese Entwicklung entfallen. Mittlerweile schieben die Beamtinnen und Beamten einen Berg von rund 262.000 Überstunden aus dem vergangenen Jahr vor sich her. Durch den weiter geplanten Abbau von Polizeistellen werden sich diese im Laufe des Jahres 2016 sehr wahrscheinlich noch erhöhen. Diese Zahl verdeutlicht, dass die Belastungsgrenze der saarländischen Polizei längst erreicht ist. Eine nachhaltige Verbrechensprävention und eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger ist nur durch mehr Polizeipräsenz in der Fläche zu erreichen. Keine noch so ausgefeilte technische Überwachungsmaßnahme kann eine bessere Personalausstattung der Polizei ersetzen.

Angesichts der veränderten Sicherheitslage und der gestiegenen Anforderungen an unsere Polizei ist es unumgänglich, auf einen weiteren Stellenabbau zu verzichten.

Deshalb muss die Landesregierung den Stellenabbau im saarländischen Polizeibereich aussetzen und wieder mehr Kommissaranwärterinnen und -anwärter einzustellen.

Hierzu fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf:

- einen weiteren Stellenabbau bei der saarländischen Polizei auszusetzen und
- die Einstellung von jährlich 110 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern vorzunehmen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.

Ausgegeben: 14.04.2016